

Wahlversprechen gehören gebrochen



Von **Hannah Bethke**
Politik-Redakteurin

Stand: 14:33 Uhr | Lesedauer: 3 Minuten



Hannah Bethke

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

Die deutsche Debattenkultur wird heute von reflexhafter Verurteilung des politischen Gegners dominiert – und mangelndem Demokratie-Verständnis. Das zeigt etwa die immer wieder aufwallende Empörung über Kanzler Merz (CDU): Sie verkennet, dass manche Wahlversprechen gebrochen werden müssen.

Wir haben die Demokratie verlernt. Dieser Eindruck verfestigt sich, wenn man die Dynamiken der öffentlichen Debatte mit Einwüfen aus der Rechtswissenschaft und politischen Philosophie kontrastiert.

So sieht sich der Jurist Oliver Lepsius im Dezemberheft der Zeitschrift „Merkur“ (<https://www.merkur-zeitschrift.de/artikel/die-kultur-des-kompromisses-a-mr-79-12-26/>) gezwungen erst einmal die Bedeutung von Mehrheiten und Minderheiten zu erklären. Nur weil die Mehrheit in einer Demokratie entscheide, bedeute das nicht automatisch, sie habe auch recht: „Das Majoritätsprinzip ist eine Entscheidungsregel, keine Richtigkeitsregel“, stellt Lepsius klar. Die Minderheit beuge sich der Mehrheitsentscheidung nur deshalb, weil sie darauf setze, selbst einmal zur Mehrheit zu werden und Entscheidungen ändern zu können. Genau darin sieht der Autor den Charakter des Kompromisses, den das parlamentarische Verfahren etabliere.

Eigentlich liegt es auf der Hand: Freiheit in der Demokratie setzt die Anerkennung anderer Meinungen und die Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen voraus. Die gegenwärtige Debattenkultur hat mit Akzeptanz und Anerkennung allerdings wenig zu tun. Was nicht den eigenen Ansichten und Vorstellungen entspricht, und seien sie noch so kenntnislos, wird reflexhaft verurteilt, dem Feindeslager zugeschrieben und oftmals als Produkt manipulatorischer Kräfte der gegnerischen Seite diskreditiert.

Das lässt sich etwa an der regelmäßig auffallenden Empörung über Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) beobachten: Während die einen ihn als „rechts“ abstempeln und ihm mitunter gar eine Nähe zu Rechtsextremisten unterstellen, werfen ihm die anderen vor, er lasse sich von Rot-Grün steuern und sei im Grunde genauso links wie die Vorgängerregierung der Ampel.

So klar beide Lager am Kern der Sache vorbei zielen, so deutlich drückt sich in ihren Anwürfen ihr fehlendes Verständnis von demokratischer Politik aus.

Entscheidungen sind in der Demokratie nie in Stein gemeißelt

In der Regel regiert in Deutschland eine Koalition von mindestens zwei Parteien. Allein das zwingt die Politik bereits zu Kompromissen. Doch selbst wenn eine Partei die absolute Mehrheit bekäme, bliebe die Politik „ein starkes langsames Bohren von harten Brettern“, wie [Max Weber \(https://www.welt.de/debatte/kommentare/article188848761/Max-Weber-Warum-Berufspolitiker-Politik-als-Beruf-lesen-sollten.html\)](https://www.welt.de/debatte/kommentare/article188848761/Max-Weber-Warum-Berufspolitiker-Politik-als-Beruf-lesen-sollten.html) schon 1919 treffend bemerkt hat.

Mit anderen Worten: Politische Zustände, die manche Wähler aufregen, lassen sich nicht von heute auf morgen ändern. Parteiprogramme lassen sich nicht eins zu eins umsetzen. Und Politiker, darauf macht Lepsius gegen den heutigen Trend aufmerksam, müssen Wahlversprechen teilweise brechen, sobald sie eine Koalition eingehen oder mit einer veränderten politischen Weltlage konfrontiert werden – was sowohl bei der Ampel-Regierung der Fall war als auch im Kabinett Merz. Entscheidungen sind in einer Demokratie nie in Stein gemeißelt – zum Glück. Wäre es anders, lebten wir nicht mehr in Freiheit.

Ein Plädoyer für den richtig verstandenen Kompromiss hält auch der Philosoph Christian Bermes in der Dezemberausgabe des Magazins „Die Politische Meinung“ (<https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/artikel/detail/-/content/welchen-streit-braucht-die-demokratie>), das von der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung herausgegeben wird. Der Autor stört sich an der Selbstgewissheit frei erfundener „Profidemokraten“, die den Streit zum Wesenskern der Demokratie erklärten. Bermes bezweifelt das – und hat mit Blick auf die „affektive Verwerfung des Politischen als gemeinsamer Handlungsraum“ die diskursive Realität auf seiner Seite.

Wo Streit zum Selbstzweck verkommt, schwindet die „Übereinstimmung in den Urteilen“ (Ludwig Wittgenstein), derer es bedarf, wenn die demokratische Auseinandersetzung nicht in reine Destruktivität umschlagen soll. „Die Praxis des Streitens fordert und setzt voraus, dass nicht alles bestritten werden kann“, schreibt Bermes.

Wir wären dem gelebten Kompromiss der Demokratie einen großen Schritt näher, wenn ein jeder über die Richtigkeit dieses Satzes einmal nachdenken würde.

Politikredakteurin *Hannah Bethke* (<https://www.welt.de/autor/hannah-bethke/>) ist bei WELT zuständig für die SPD und innenpolitische Debatten.